

Demonstariion und Kundgebung „Bildung braucht bessere Bedingungen“ in Kassel

Rede von Birgit Koch, Vorsitzende GEW Hessen | 22. September 2018

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Eltern, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bildung braucht bessere Bedingungen. Darum sind wir heute in Kassel und zeitgleich in Frankfurt auf der Straße.

Wir brauchen eine gute Bildung in den Kitas, den Schulen und Hochschulen. Das sagt die GEW Hessen und das sagen auch als Unterstützer der Kundgebung und Demonstration

- der Landeselternbeirat
- der elternbund Hessen
- die Landesschülervertretung
- die Naturfreunde Hessen
- der Bund der demokratischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
- verdi Hessen
- die IGM Bezirk Mitte
- der DGB Hessen-Thüringen
- gemeinsam leben
- der Landesausländerbeirat
- der asta der Uni Kassel
- der asta der Uni Frankfurt und
- der Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens

Die GEW Hessen fordert ein Sofortprogramm von 500 Millionen Euro für die Bereiche Schule und Hochschule und für den qualitativen Ausbau der Kindertagesstätten.

500 Millionen klingt erstmal nach viel Geld. Aber:

Dieses Geld ist da. Zur Finanzierung stehen die zusätzlichen Mittel aus der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehung, aus dem Länderfinanzausgleich in Höhe von fast 600 Millionen Euro zur Verfügung. Zudem bestehen erhebliche Rücklagen, und die Steuereinnahmen entwickeln sich besser als gedacht.

Nur um die größten Baustellen im Schulbereich zu renovieren, brauchen wir 250 Millionen Euro, um die Arbeitszeit an den Schulen zu verkürzen und um die Lehrkräfte an den Grundschulen endlich genauso zu bezahlen wie ihre Kolleginnen und Kollegen an den anderen Schulformen. Und wir brauchen Geld zum Ausbau von Ganztagschulen und für eine gute Inklusion.

Es gibt viel zu sagen zu den Arbeitsbedingungen, der Arbeitsbelastung und der Arbeitszeit im Schuldienst in Hessen. Die Arbeitsbedingungen an allen hessischen Bildungseinrichtungen haben sich in den letzten Jahren stetig verschlechtert. Wir kriegen immer mehr Aufgaben, aber neue Aufgaben werden nicht mit Ressourcen hinterlegt. Es gibt zum Beispiel keine ausreichende Ressource für die Umsetzung von Inklusion und Ganztags. Das führt zwangsläufig zu einer Überlastung der Lehrkräfte und aller, die in der Schule arbeiten. Mehr als 200 Kollegien haben mit Überlastungsanzeigen auf ihre prekäre Situation aufmerksam gemacht. Alle Briefe blieben bislang unbeantwortet. Ihr Weg führt vom HKM zurück zu den Staatlichen Schulämtern an die Schulen mit dem Auftrag, dass die

Schulleiterinnen und Schulleiter Lösungen finden sollen. Aber auch sie sind überlastet und am Limit. Das ist einfach wenig wertschätzend, freundlich ausgedrückt, wie mit uns hier von Seiten des Dienstherrn umgegangen wird.

Zu den Arbeitsbedingungen gehören auch die Arbeitsräume, in denen wir arbeiten: die Schulen. Sie sind marode. Wie marode und baufällig sie sind, tritt immer deutlicher zu Tage. Im April musste ein ganzer Gebäudeteil der Paul-Julius-von-Reuter-Schule geschlossen werden. Die Räume waren für Schülerinnen und Schüler und Kolleginnen und Kollegen nicht mehr sicher. Und kurz vor den Sommerferien mussten im Schwalm-Eder-Kreis sogar gleich zwei Schulen wegen Einsturzgefahr geschlossen werden!

Die GEW hat vor einem Jahr die hessische Landesregierung aufgefordert, den Investitionsstau an den hessischen Schulen zu ermitteln. Nix ist passiert. Die Landesregierung macht Augen und Ohren zu. Sie will nix sehen und nix hören.

Einstürzende Schulbauten haben wir unsere Kampagne genannt, von CDU, FDP Grünen sind wir dafür im hessischen Landtag aufs Übelste beschimpft worden. Und heute? Heute ist der Begriff einstürzende Schulbauten leider bitterer Ernst, wenn Schulen in Hessen geschlossen werden müssen, weil Leib und Leben von Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer bedroht sind. Die Politik sollte sich endlich Gedanken darüber machen, ob Unterricht von Kindern und Jugendlichen in maroden und baufälligen Schulen generationengerecht ist.

Die GEW hat hier eine klare Position: Wir fordern den Abbau des bestehenden Investitionsstaus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Schulbereich ist der Zustand der Schulgebäude nur eines von vielen Problemen. Weitere Probleme sind die allgemeinen Arbeitsbedingungen, die nicht stimmen. In diesem Zusammenhang müssen wir über die Arbeitszeit der Lehrkräfte in Hessen reden. Denn die Arbeitszeit ist zu hoch. Beamtinnen und Beamte arbeiten wöchentlich eine Stunde mehr als die Tarifbeschäftigten in Hessen. Wir haben am 28. September Wahlen in Hessen und es ist unsere allererste Forderung an alle Parteien, dass endlich die 40 Stunden Woche für alle Beschäftigten in Hessen gilt.

Was passiert, wenn die Arbeitsbedingungen, was passiert, wenn die Arbeitszeit und die Bezahlung nicht stimmen? Der Nachwuchs an Lehrkräften, vor allem im Grundschulbereich fehlt. Aber auch in den Berufsbildenden Schulen und Förderschulen. Dass Grundschullehrkräfte fehlen, wundert mich nicht, denn immer noch verdienen sie in Hessen erheblich weniger als alle anderen Lehrkräfte. Unsere Forderung ist seit drei Jahren: A13 für alle. Das ist gerecht. Ungerecht ist, das unter dem Motto: Kleine Kinder, kleines Geld die Kolleginnen und Kollegen an den Grundschulen schlechter bezahlt werden als die Lehrerinnen und Lehrer an allen anderen Schulen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

die Hochschulen platzen aus allen Nähten! Eine individuelle Betreuung durch die Lehrenden ist so kaum noch möglich. Eine Verbesserung dieser Situation lässt sich nur erreichen, wenn zusätzliche Stellen geschaffen werden, und zwar in allen Bereichen der Hochschule. Dies betrifft wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Verwaltungskräfte, Fachkräfte für Gebäudetechnik und auch zusätzliche Professuren. Wir brauchen mehr Studienplätze und wir brauchen mehr Zeit für gute Lehre. Die Lehrverpflichtung muss dabei angemessene Vor- und Nachbereitungszeiten berücksichtigen. Mehr Zeit für gute Lehre bedeutet aber auch, eine weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen und dazu gehört auch hier die Reduzierung der Arbeitszeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

rund 85 Prozent der etwas mehr als 10.000 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Hochschulen in Hessen sind befristet beschäftigt. Auch in der Verwaltung ist ein deutlicher Trend zu Befristungen zu beobachten. Dies ist mit massiven negativen Konsequenzen für die Qualität von Forschung, Lehre und Verwaltung sowie für die Lebens- und Karriereplanung der Beschäftigten verbunden.

Die Forderung der GEW bleibt: Dauerstellen für Daueraufgaben. Schluss mit dieser unmöglichen Befristungspraxis. Wir fordern in einem ersten Schritt hessenweit 2.000 bereits existierende Stellen zu entfristen! Und das sofort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir brauchen nicht nur an den Schulen und Hochschulen, sondern auch im Kita-Bereich einen qualitativen Ausbau. Die in unserem Sofortprogramm vorgesehenen 100 Millionen Euro sind nur ein Anfang. Wir fordern diese Mittel zusätzlich zu den vom Bund bereitgestellten Geldern. Mit diesen Mitteln sollen bis zum Jahr 2021 gut 3.500 Erzieherinnen und Erzieher eingestellt werden. Damit würde sich Hessen endlich dem pädagogisch empfohlenen Personalschlüssel im Kita-Bereich sowohl im U3- als auch im Ü3-Bereich annähern.

Wir sind nämlich weit entfernt von der in wissenschaftlichen Studien empfohlenen Fachkraft-Kind-Relation. Es muss unser Ziel sein, diesen Schlüssel zu erreichen. Ein großes Problem im Kita-Bereich ist der Fachkräftemangel. Woher sollen also die Fachkräfte kommen?

Hier gilt: Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen macht den Beruf attraktiver. Die Anhebung des Personalschlüssels ist dabei ein Anfang. Mehr Nachwuchskräfte können nur gewonnen werden, wenn die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher höher geschätzt und aufgewertet wird. Die Verantwortung für den KiTa-Bereich liegt bei den Kommunen. Deshalb muss das Land Hessen diesen endlich ausreichend Mittel zur Verfügung stellen, damit sie ihren Aufgaben gerecht werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In Deutschland und auch in Hessen besteht eine starke Abhängigkeit zwischen der sozialen Herkunft und der Verwirklichung von Bildungschancen. Bildung ist ein Menschenrecht. Bildung darf nicht zum Luxusgut für wenige sein. Jedes Kind muss unabhängig vom Portemonnaie der Eltern den gleichen Zugang zu Bildung haben.

Um dieses Ziel zu erreichen, braucht Bildung bessere Bedingungen!
Deshalb sind wir heute hier.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Am 28. September haben wir Landtagswahlen in Hessen. Geht alle zur Wahl! Ich sage auch: Keine AfD in den hessischen Landtag.

Diese Partei steht gegen alles, für was sich die GEW stark macht.

Wir stehen ein für Demokratie und Mitbestimmung.

Wir stehen ein für Vielfalt und Respekt.

Wir stehen ein für soziale Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir stehen ein für Chancengleichheit und für eine gute Bildung für alle.